

## IW-Arbeitnehmervotum



### **Ergebnisse der 2. Arbeitnehmerbefragung zur Politikbewertung**

Bericht der

IW Consult GmbH Köln

Köln, den 14. Juni 2010

**Ansprechpartner für die Inhalte:**

IW Consult GmbH  
Dr. Adriana Neligan  
Leiterin Empirie und Datenbanken  
E-Mail: [neligan@iwkoeln.de](mailto:neligan@iwkoeln.de)  
Tel. (030) 27877-128  
<http://www.iwconsult.de>

IW Consult GmbH  
Beate Placke  
Referentin  
E-Mail: [placke@iwkoeln.de](mailto:placke@iwkoeln.de)  
Tel. (0221) 4981-822  
<http://www.iwconsult.de>

## Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>3</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>4</b>
<b>Zusammenfassung</b>	<b>5</b>
<b>1 Die Meinung der Arbeitnehmer</b>	<b>6</b>
<b>2 Das IW-Arbeitnehmervotum</b>	<b>11</b>
<b>3 Tabellenanhang</b>	<b>12</b>

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Derzeitige Angst der Arbeitnehmer vor Inflation .....	7
Tabelle 2: Wertverlust der Ersparnisse aufgrund hoher Inflation befürchtet .....	8
Tabelle 3: Befürwortung von Ausgabenkürzungen zum Abbau von Staatsschulden.....	9
Tabelle 4: Ausgabenkürzungen bei Verzicht auf staatliche Leistungen befürwortet .....	10
Tabelle 5: Stichprobe .....	11
Tabelle 6: Derzeitige Angst der Arbeitnehmer vor Inflation (detailliert).....	12
Tabelle 7: Wertverlust der Ersparnisse aufgrund hoher Inflation befürchtet (detailliert).....	13
Tabelle 8: Befürwortung von Ausgabenkürzungen zum Abbau von Staatsschulden (detailliert) .....	14
Tabelle 9: Ausgabenkürzungen bei Verzicht auf staatliche Leistungen befürwortet (detailliert) .....	15

## Zusammenfassung

In der letzten Maiwoche 2010 haben sich 1.000 Arbeitnehmer an einer Kurzumfrage beteiligt, die sich mit den Themen Inflationsangst und Einsparungen im Bundeshaushalt zum Abbau von Staatsschulden beschäftigt.

Die **zentralen Ergebnisse** sind:

- Insgesamt die Hälfte der Arbeitnehmer hat derzeit Inflationsangst. Immerhin 8 Prozent der Arbeitnehmer schätzen diese als außerordentlich ein. Lediglich 7 Prozent der Arbeitnehmerschaft gibt an, derzeit gar keine Angst vor Inflation zu haben.
- Knapp zwei Drittel der Arbeitnehmer befürchten insgesamt, dass ihre Ersparnisse durch hohe Inflation in Zukunft weniger wert sein könnten. Bei einem Zehntel der Beschäftigten ist diese Sorge sogar sehr stark ausgeprägt („Ja, außerordentlich“).
- Vier Fünftel der Arbeitnehmer sind der Meinung, dass die Bundesregierung Ausgaben kürzen sollte, um die Staatsschulden abzubauen.
- Darüber hinaus sprechen sich immerhin sechs von zehn Befürwortern der Ausgabenkürzungen unter den Arbeitnehmern dafür aus, dass der Staat Einsparungen im Haushalt vornehmen sollte, auch wenn sie persönlich durch die Kürzung von Leistungen betroffen wären.

## 1 Die Meinung der Arbeitnehmer

### Fragestellung

Im Monat Mai wurde in den Medien ausgiebig über steigende Staatsschulden, Kursverluste des Euro, milliardenschwere Rettungspakete für verschuldete Euro-Länder und die Ankündigung der Europäischen Zentralbank (EZB), Staatsanleihen anzukaufen, berichtet. Dies kurbelte vielfach Diskussionen zur Inflationsangst und zum Schuldenabbau an. In der letzten Maiwoche 2010 haben 1000 Arbeitnehmer im Rahmen einer Kurzumfrage Stellung dazu genommen, in wie fern Sie Angst vor Inflation haben und sie Ausgabenkürzungen der Bundesregierung zum Abbau von Staatsschulden befürworten.

Den Arbeitnehmern wurden folgende vier Fragen gestellt:

- Haben Sie derzeit Angst vor Inflation?
- Befürchten Sie, dass Ihre Ersparnisse durch hohe Inflation in Zukunft weniger wert sein könnten?
- Sollte die Bundesregierung Ausgaben kürzen, um die Staatsschulden abzubauen?
- Befürworten Sie Ausgabenkürzungen auch dann, wenn Sie selbst dadurch auf staatliche Leistungen verzichten müssten?

Die Stichprobe der Arbeitnehmer und -innen zwischen 16 und 65 Jahren ist repräsentativ nach Altersgruppen, Geschlecht und Schulbildung geschichtet. Nicht berücksichtigt wurden Arbeitnehmer ohne Schulbildung.

### Die Hälfte der Arbeitnehmer äußert Inflationsangst

Das Thema Inflation beschäftigt aktuell gut die Hälfte der Arbeitnehmerschaft. Jeder zweite Arbeitnehmer hat derzeit Inflationsangst. Dabei geben 8 Prozent der Befragten sogar an, außerordentlich Angst vor Inflation zu haben (Tabelle 1).

- Demgegenüber haben gut zwei Fünftel der Arbeitnehmer weniger Angst vor einer Geldentwertung. Lediglich 7 Prozent der Arbeitnehmerschaft haben derzeit gar keine Inflationsangst.
- Nur sehr wenige Arbeitnehmer (3 Prozent) äußern sich nicht zu diesem Thema.

<b>Tabelle 1: Derzeitige Angst der Arbeitnehmer vor Inflation</b> Angaben in Prozent der Arbeitnehmer	
	<b>Gesamt</b>
Ja, außerordentlich	7,8
Ja	41,9
Nein, weniger	41,0
Nein, gar nicht	6,7
Weiß nicht	2,6
Gesamt	100,0

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende Mai 2010, 1000 Arbeitnehmer

Das Antwortverhalten ist in den verschiedenen Gruppen der Arbeitnehmerschaft relativ stabil. Wirkliche Unterschiede sind hierbei nicht zu erkennen. Am ehesten unterscheidet sich die Inflationsangst zwischen den Geschlechtern (Tabelle 6).

- Arbeitnehmerinnen haben insgesamt häufiger Angst vor Inflation (52 Prozent) als ihre männlichen Kollegen (48 Prozent). Zudem liegt bei Frauen der Anteil der Enthaltungen höher (4 Prozent) als bei Männern (1 Prozent).
- Arbeitnehmer mit Hauptschulabschluss äußern insgesamt etwas seltener Inflationsangst (knapp 48 Prozent) als diejenigen mit höher qualifizierten Schulabschlüssen (mind. 50 Prozent).
- In Bezug auf das Alter lässt sich im Antwortverhalten keine einheitliche Linie erkennen. Arbeitnehmer der zweitjüngsten (25-34 Jahre) und der zweitältesten Gruppe (45-54 Jahre) geben häufiger als ihre Kollegen in den anderen Altersgruppen an, derzeit Angst vor Inflation zu haben.
- Die jüngsten Arbeitnehmer (16-24 Jahre) haben deutlich häufiger gar keine Angst vor einer Geldentwertung (14 Prozent) als die Befragten der älteren Altersgruppen.

## Knapp zwei Drittel befürchten zukünftigen Wertverlust ihrer Ersparnisse

Die Befürchtung der Arbeitnehmer, dass ihre Ersparnisse durch hohe Inflation in Zukunft weniger Wert sein könnten, ist stärker ausgeprägt als die derzeitige Inflationsangst. Insgesamt sorgen sich knapp zwei Drittel der Arbeitnehmerschaft um eine zukünftige Entwertung ihrer Ersparnisse. Einer von zehn Arbeitnehmern befürchtet diese sogar außerordentlich (Tabelle 2).

- Knapp ein Viertel der Arbeitnehmer gibt hingegen an, eher keinen Wertverlust zu befürchten. Nur wenige Arbeitnehmer (6 Prozent) sorgen sich gar nicht, dass ihre Ersparnisse in Zukunft durch Inflation weniger wert sein könnten.
- Ein geringer Anteil der Arbeitnehmer (5 Prozent) bezeichnet die Fragestellung für sich als nicht relevant oder kann sich hierzu nicht äußern (2 Prozent).

<b>Tabelle 2: Wertverlust der Ersparnisse aufgrund hoher Inflation befürchtet</b>	
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer	
	<b>Gesamt</b>
Ja, außerordentlich	10,3
Ja	52,9
Nein, weniger	23,4
Nein, gar nicht	5,8
Weiß nicht	2,4
Für mich nicht relevant	5,2
<b>Gesamt</b>	<b>100,0</b>
Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende Mai 2010, 1000 Arbeitnehmer	

Bei einem Vergleich des Antwortverhaltens zwischen den verschiedenen Arbeitnehmergruppen zeigen sich Unterschiede in Bezug auf den Schulabschluss, das Geschlecht und das Alter (Tabelle 7):

- Arbeitnehmer mit (Fach-)Hochschulreife geben insgesamt häufiger (über 67 Prozent) als diejenigen mit anderen Bildungsabschlüssen an, einen Wertverlust ihrer Ersparnisse zu befürchten. Je höher der Schulabschluss ist, desto eher ist die Fragestellung für die Arbeitnehmer relevant.



- Arbeitnehmerinnen sorgen sich insgesamt stärker (66 Prozent) um eine zukünftige Entwertung ihrer Ersparnisse als Arbeitnehmer (61 Prozent). Auf der anderen Seite nehmen mehr Frauen als Männer kein Urteil (Weiß nicht; Für mich nicht relevant) in Bezug auf diese Frage vor.
- In der jüngsten Altersgruppe (16-24 Jahre) befürchten insgesamt mehr Arbeitnehmer (69 Prozent) eine zukünftige Entwertung ihrer Ersparnisse als in den älteren Gruppen. Der Anteil an jungen Arbeitnehmern mit außerordentlicher Sorge liegt sogar bei 14 Prozent.

### Überwiegende Befürwortung von Ausgabenkürzungen zum Schuldenabbau

Die Sparpläne der Bundesregierung treffen in der Arbeitnehmerschaft allgemein auf breite Zustimmung. Vier Fünftel der Arbeitnehmer geben an, dass die Bundesregierung Ausgaben kürzen sollte, um die Staatsschulden abzubauen. Lediglich 12 Prozent der Befragten sprechen sich gegen Einsparungen aus. Weitere 8 Prozent der Arbeitnehmer trauen sich bezüglich dieser Fragestellung kein Urteil zu (Tabelle 3).

<b>Tabelle 3: Befürwortung von Ausgabenkürzungen zum Abbau von Staatsschulden</b>	
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer	
	<b>Gesamt</b>
Ja	80,1
Nein	11,8
Weiß nicht	8,1
Gesamt	100,0
Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende Mai 2010, 1000 Arbeitnehmer	

Bei einem Vergleich der verschiedenen Gruppen der Arbeitnehmerschaft zeigt sich in Bezug auf den Schulabschluss und das Geschlecht ein weitgehend einheitliches Bild (Tabelle 8).

- Im Altersvergleich fällt die Gruppe der 35-44-Jährigen auf. In dieser mittleren Altersklasse sprechen sich lediglich drei Viertel der Arbeitnehmer für Ausgabenkürzungen der Bundesregierung aus. Die anderen Altersgruppen weisen untereinander hingegen nur geringe Unterschiede im Antwortverhalten auf.

### Mehrheit für Ausgabenkürzungen auch bei Verzicht auf staatliche Leistungen

Immerhin sechs von zehn der Befürworter von Ausgabenkürzungen unter den Arbeitnehmern unterstützen Einsparungen der Bundesregierung auch dann, wenn sie selbst dadurch auf staatliche Leistungen verzichten müssten. Gut ein Viertel dieser Arbeitnehmerschaft (27 Prozent) ist hingegen nicht bereit, im Zuge der Haushaltskonsolidierung auf staatliche Leistungen zu verzichten. Darüber hinaus nehmen 14 Prozent dieser Arbeitnehmer keine Beurteilung hinsichtlich der Kürzung staatlicher Leistungen vor (Tabelle 4).

<b>Tabelle 4: Ausgabenkürzungen bei Verzicht auf staatliche Leistungen befürwortet</b>	
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer, die Ausgabenkürzungen befürworten	
	<b>Gesamt</b>
Ja	59,3
Nein	26,6
Weiß nicht	14,1
Gesamt	100,0
Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende Mai 2010, 800 von 1000 Arbeitnehmern	

Das Antwortverhalten zeigt zwischen den verschiedenen Gruppen der Arbeitnehmerschaft, die Ausgabenkürzungen befürworten, folgende Unterschiede (Tabelle 9):

- Arbeitnehmer mit (Fach-)Hochschulreife akzeptieren eher Sparmaßnahmen (67 Prozent), die mit der Kürzung von Sozialleistungen verbunden sind, als Befragte mit Realschulabschluss (56 Prozent) oder Hauptschulabschluss (54 Prozent). Auch nehmen diese häufiger eine Beurteilung vor.
- Arbeitnehmerinnen geben deutlich seltener (53 Prozent) an, Ausgabenkürzungen auch dann zu befürworten, wenn sie dadurch auf staatliche Leistungen verzichten müssten, als Arbeitnehmer (64 Prozent). Darüber hinaus enthalten sich Frauen bezüglich dieser Fragestellung rund doppelt so häufig (20 Prozent) wie Männer (10 Prozent).
- Hinsichtlich des Alters lässt sich eine Zweiteilung im Antwortverhalten erkennen. Jüngere Arbeitnehmer (16-34 Jahre) befürworten deutlich seltener Einsparungen im Haushalt, die sie selbst betreffen, als Arbeitnehmer in den Altersgruppen ab 35 Jahren (über 60 Prozent).

## 2 Das IW-Arbeitnehmervotum

Das IW-Arbeitnehmervotum befragt vier Mal im Jahr 1.000 Arbeitnehmer in Deutschland zu aktuellen politischen Vorgängen. Konzipiert wird die Kurzbefragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Die Online-Befragung wird in Zusammenarbeit mit goals international durchgeführt.

Die Arbeitnehmer wurden zwischen dem 25. Mai und 01. Juni 2010 online befragt. Die Stichprobe der Arbeitnehmer zwischen 16 und 65 Jahren ist repräsentativ für Deutschland nach Schulbildung, Geschlecht und Altersgruppen geschichtet. Nicht berücksichtigt wurden hier Arbeitnehmer ohne Schulbildung (Tabelle 5).

**Tabelle 5: Stichprobe**  
Anzahl der Arbeitnehmer

Schulbildung	Geschlecht	Altersgruppen					Gesamt
		16-24	25-34	35-44	45-54	55-65	
Hauptschule	männlich	20	29	48	52	36	185
	weiblich	10	14	28	39	27	118
	<b>Gesamt</b>	<b>30</b>	<b>43</b>	<b>76</b>	<b>91</b>	<b>63</b>	<b>303</b>
Realschule/POS	männlich	26	35	54	46	19	180
	weiblich	24	34	59	53	21	191
	<b>Gesamt</b>	<b>50</b>	<b>69</b>	<b>113</b>	<b>99</b>	<b>40</b>	<b>371</b>
Abitur/ Fachhochschulreife	männlich	14	42	55	44	24	179
	weiblich	17	43	42	32	13	147
	<b>Gesamt</b>	<b>31</b>	<b>85</b>	<b>97</b>	<b>76</b>	<b>37</b>	<b>326</b>
<b>Gesamt</b>	männlich	60	106	157	142	79	544
	weiblich	51	91	129	124	61	456
	<b>Gesamt</b>	<b>111</b>	<b>197</b>	<b>286</b>	<b>266</b>	<b>140</b>	<b>1000</b>

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende Mai 2010, 1000 Arbeitnehmer

### 3 Tabellenanhang

**Tabelle 6: Derzeitige Angst der Arbeitnehmer vor Inflation (detailliert)**

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	<b>Ja, außer- ordentlich</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein, weniger</b>	<b>Nein, gar nicht</b>	<b>Weiß nicht</b>
<b>Gesamt</b>	7,8	41,9	41,0	6,7	2,6
<b>Schulabschluss</b>					
Hauptschule	8,6	38,9	40,6	7,3	4,6
Realschule/POS	8,1	42,3	40,7	5,9	3,0
Abitur/Fachhoch- schulreife	6,7	44,2	41,7	7,1	0,3
<b>Geschlecht</b>					
männlich	8,1	39,9	43,2	7,7	1,1
weiblich	7,5	44,3	38,4	5,5	4,4
<b>Altersgruppen</b>					
16-24	7,2	41,4	32,4	14,4	4,5
25-34	7,1	46,2	40,1	5,1	1,5
35-44	7,3	39,5	44,8	4,9	3,5
45-54	9,8	41,4	39,1	7,1	2,6
55-65	6,4	42,1	45,0	5,7	0,7

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende Mai 2010, 1000 Arbeitnehmer

**Tabelle 7: Wertverlust der Ersparnisse aufgrund hoher Inflation befürchtet  
(detailliert)**

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	<b>Ja, außer- ordentlich</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein, weniger</b>	<b>Nein, gar nicht</b>	<b>Weiß nicht</b>	<b>Für mich nicht relevant</b>
<b>Gesamt</b>	10,3	52,9	23,4	5,8	2,4	5,2
<b>Schulabschluss</b>						
Hauptschule	10,9	49,5	21,8	6,6	3,3	7,9
Realschule/POS	8,9	52,8	24,5	6,2	3,0	4,6
Abitur/Fachhoch- schulreife	11,3	56,1	23,6	4,6	0,9	3,4
<b>Geschlecht</b>						
männlich	10,7	50,0	27,8	7,0	1,1	3,5
weiblich	9,9	56,4	18,2	4,4	3,9	7,2
<b>Altersgruppen</b>						
16-24	14,4	55,0	16,2	9,9	1,8	2,7
25-34	9,6	51,3	29,9	3,0	2,0	4,1
35-44	8,4	54,9	21,3	4,9	3,5	7,0
45-54	13,2	49,6	21,8	8,3	1,5	5,6
55-65	6,4	55,7	27,1	3,6	2,9	4,3

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende Mai 2010, 1000 Arbeitnehmer

**Tabelle 8: Befürwortung von Ausgabenkürzungen zum Abbau von Staatsschulden  
(detailliert)**

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Weiß nicht</b>
<b>Gesamt</b>	80,1	11,8	8,1
<b>Schulabschluss</b>			
Hauptschule	78,1	12,9	8,9
Realschule/POS	81,7	10,5	7,8
Abitur/Fachhochschulreife	80,1	12,3	7,7
<b>Geschlecht</b>			
männlich	81,4	12,2	6,4
weiblich	78,5	11,4	10,1
<b>Altersgruppen</b>			
16-24	81,8	10,0	8,2
25-34	82,2	9,1	8,6
35-44	74,8	14,3	10,8
45-54	82,7	11,7	5,6
55-65	81,4	12,1	6,4

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende Mai 2010, 1000 Arbeitnehmer

**Tabelle 9: Ausgabenkürzungen bei Verzicht auf staatliche Leistungen befürwortet  
(detailliert)**

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer, die Ausgabenkürzungen befürworten

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Weiß nicht</b>
<b>Gesamt</b>	59,3	26,6	14,1
<b>Schulabschluss</b>			
Hauptschule	54,2	29,2	16,5
Realschule/POS	56,1	28,4	15,5
Abitur/Fachhochschulreife	67,4	22,2	10,3
<b>Geschlecht</b>			
männlich	64,3	26,2	9,5
weiblich	53,1	27,1	19,8
<b>Altersgruppen</b>			
16-24	51,1	35,6	13,3
25-34	52,5	31,5	16,0
35-44	63,6	26,6	9,8
45-54	62,7	22,3	15,0
55-65	60,5	21,1	18,4

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende Mai 2010, 800 von 1000 Arbeitnehmern